

**DGB**

7. September 2021, um 18-20 Uhr

Industriepolitische Diskussion

Folgen der Energie- und Mobilitätswende für die Industriearbeit in Thüringen

Museum „automobile welt eisenach“, Friedrich-Naumann-Str. 10, 99817 Eisenach

Wir wollen mit den Landtagsabgeordneten über eine zukunftsfähige Industriepolitik diskutieren. Die Energie- und Mobilitätswende hat tiefgreifende Veränderungen für die Beschäftigten zur Folge. Große Veränderungen werden vor allem für die Automobil- und Zulieferindustrie, die Energiewirtschaft und die energieintensive Industrie erwartet. Zwar hat die Förderung der Elektromobilität an Fahrt aufgenommen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, Netze und Speichertechnologien kommt aber nur langsam voran. Zudem sind vor allem im ländlichen Raum mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur notwendig, um Standorte zu halten und neue Unternehmen anzusiedeln. Die zentrale Frage ist, wie Industriearbeit geschaffen und die Tarifbindung ausgeweitet werden kann.

Programm:

Eröffnung und Begrüßung

Michael Rudolph, Vorsitzender DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

Industriepolitische Diskussion mit:

- Andreas Schubert, Die Linke
- Dr. Thadäus König, CDU
- Diana Lehmann, SPD
- Olaf Müller, Bündnis 90 / Die Grünen
- Thomas Kemmerich, FDP

Moderation: Heidje Beutel, Journalistin

Gewerkschaftliche Impulse:

- **Zukunft der Automobil- und Zulieferindustrie:**
Uwe Laubach, 1. Bevollmächtigter Geschäftsstelle IG Metall Eisenach
- **Energiewende:**
Andreas Schmidt, Bezirksleiter IG BCE Thüringen
- **Mobilität und Verkehrsinfrastruktur:**
Renate Licht, Geschäftsführerin DGB-Region Thüringen

Schlusswort

Um eine Anmeldung bis 31. August 2021 wird gebeten.

Kontakt: Anja Peschke, Tel.: 069/27300551, E-Mail: Anja.Peschke@dgb.de

Die Veranstaltung findet hybrid statt. Die Teilnahme ist in Präsenz vor Ort oder online per Videokonferenz möglich. Allen Teilnehmenden werden zeitnah vor der Veranstaltung die aktuellen Teilnahmebedingungen (abhängig von der Corona-Lage) per E-Mail zugeschickt.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.